

23. Frühstückszeitung der Weingartener Bürgerbewegung

www.wbb-weingarten.de

Unser Eisberg im politischen Klimawandel

-WBB errechnet Finanzierungslücke von 2,8 Millionen Euro-

Eisberge haben es nicht leicht heutzutage. Unser eigener Eisberg, der zwar kein Eis zu bieten hat, aber trotzdem umgangssprachlich so heißt, gibt unserem Dorf seit jeher seinen Charakter durch seine malerische Hintergrundkulisse. Diese Idylle wird künftig der Vergangenheit angehören, dafür hat die Mehrheit des Gemeinderates mit seinem Beschluss im März diesen Jahres gesorgt. Gegen das Votum der WBB wurde der Bebauungsplan Kirchberg-Mittelweg nach fast zweijähriger Überarbeitung in seinen wesentlichen Zügen unverändert nochmals zur Offenlage beschlossen. Nach der Erschließung und Realisierung von zum Teil über 6 m hohen Stützwänden, bis zu 5,50 m breiten Straßen sowie Treppenanlagen bis 3 m Breite wird der Eisberg komplett verbaut sein. Haben die Einwohner Weingartens schon bemerkt, was da in Kürze auf sie zukommen wird?

Zum zweiten Mal in jüngster Zeit hat die WBB beantragt, den Gemeinderat über Vergleichskosten zu informieren. Aus Sicht der WBB ist es absolut entscheidungsrelevant, wie sich eine Bauvariante ohne geplante zusätzliche Straße zwischen Eisbergweg und Mittelweg (Planstraße B) finanziell darstellen würde. Beantwortet wurde die Frage nicht, Bürgermeister Scholz verwies lediglich auf eine „Pi mal Daumen“-Rechnung aus dem Jahre 2005, die inzwischen nicht mehr aktuell ist. Offensichtlich hat man in Weingarten Alternativberechnungen nicht nötig. Unbeantwortet blieb auch unsere Frage, ob für die Gemeinde dieser Bebauungsplan ein Gewinn- oder ein Verlustgeschäft sein wird. Selbst ein Prestigeprojekt wie Transrapid ist kürzlich an der Aktualisierung der Kostenkalkulation

gestorben. *Scienza est potentia* – Wissen ist Macht. Es darf den kritischen Bürger ruhig merkwürdig anmuten, dass dies das Gros der Entscheidung tragenden Gemeinderäte nicht zu interessieren scheint.

Deshalb hat die WBB eine eigene Kostenrechnung mit den von ihr recherchierten Zahlen erstellt: Der neueste Kostenvoranschlag für die Erschließung (Straßenbau, Be- und Entwässerung) des Baugebietes Kirchberg-Mittelweg beträgt mittlerweile 7,9 Mio. €.

Davon kostet allein die bereits erwähnte Planstraße B zwischen Mittelweg und Eisbergweg inklusive Brücke über den Steinbruch 3,55 Mio. €. An dieser Straße sind ca. 28 neue Häuser geplant. Nach Information von Bürgermeister Scholz sollen alle Grundstückseigentümer mit höchstens 113 Euro pro Quadratmeter Erschließungskosten zur Kasse gebeten werden. Die durchschnittliche Grundstücksgröße beträgt an

der Planstraße B ungefähr 4 ar, womit Erschließungsbeitragseinnahmen von ca. 1,27 Mio. € allein von den Anwohnern der künftigen Planstraße B zu erwarten wären. Damit verbliebe ein Rest von rund 2,28 Mio. € an ungedeckten Kosten für die Planstraße B, der durch die Gemeinde finanziert werden müsste. Dazu kommen noch weit über 0,5 Mio. Euro an bisher im Laufe der Jahre angefallenen Planungskosten sowie rund 1,4 Mio. Euro für Ausgleichsmaßnahmen wegen der Eingriffe in die Natur.

Warum die Verwaltung nicht bereit war und ist, den Vorschlag der WBB auf kleinstmöglichen Eingriff zumindest durchzurechnen, erschließt sich uns angesichts dieser Zahlen nicht.



Damit wäre der Natureingriff minimal und unser Eisberg bliebe in seiner jetzigen Form für alle Bürger als schöne Hintergrundkulisse erhalten. Eisberge haben es wirklich nicht leicht heutzutage.

Unsere ausführliche Stellungnahme zum Bebauungsplan Kirchberg-Mittelweg finden Sie auf unserer Homepage unter „Informationen/Statements und Aktuelles“.

Bettina Lichter

„Kirchberg-Mittelweg“? - Na klar -

Aber bitte mit Windkraft!

Unter allen Formen und Farben, die die Natur hervorbringt, bewegt uns das zarte Grün der ersten Frühlingstage am stärksten. Das Grün der Blätter, die sich aus aufspringenden Knospen entfalten, das Grün des Grases, das nach Monaten der Kälte und der Erstarrung zu wachsen beginnt, das Grün, das aus Zwiebeln und unterirdischen Speichern treibt und dem Licht entgegenstrebt ist Symbol von Wiedergeburt und Hoffnung, und wie so vieles in der Welt ist auch dieses erste Grün nur von kurzer Dauer, denn Regen, Wind und eine brennende Sonne lassen nichts Zartes zu. So lässt sich Jahr für Jahr im Verlauf weniger Wochen ein farblicher Übergang vom hellen frischen Grün der ersten Frühlingstage zu einem fast schon leblos anmutenden dunklen Grün der späten Sommerwochen beobachten.

Es ist sicher kein Zufall, dass genau dieses erste Grün mit seiner entsprechenden Symbolkraft zum Markenzeichen einer politischen Erneuerungsbewegung wurde, die sich in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts aus der Friedens-, Anti-Atom-, Baum-ab-nein-danke-, Frauen- und alternativen Szene zu formieren begann, die sich lange Zeit weigerte, überhaupt politische Partei sein zu wollen und die doch seit fast drei Jahrzehnten das Machtgefüge in unserer Republik nachhaltig verändert hat. Und es ist sicher gut und richtig, dass die Botschaft von Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Gewaltfreiheit und partnerschaftlicher Teilhabe auch in unserer Gemeinde nicht ungehört verklang und hier zur Gründung einer Ortsgruppe führte, die unter dem Kürzel GLW (Grüne Liste Weingarten) Erfolge verbuchte und zum Entsetzen und gegen den erklärten Widerstand der etablierten Parteien sich anschickte, unsere Gemeinde im „grünen“ Sinne zu verändern. So standen plötzlich Begriffe wie „natürliche Trinkwassersanierung“ und „Biotopvernetzung“ auf der Tagesordnung des Gemeinderates. Über lange Jahre stand die GLW allein mit ihrer Ablehnung der damals geplanten B3-Ortsumgebung, monierte oft zu Recht eine allzu verschwenderische Haushaltspolitik und den zu hohen Flä-

chenverbrauch und kann insgesamt als ihren Erfolg verbuchen, den Umweltschutzgedanken im Weingartener Gemeinderat verankert zu haben.

Dass politische Kräfte erlahmen und der Gestaltungswille nachlässt, ist ein landesweites Phänomen, das nicht nur die Grünen in Weingarten befallen hat. Doch wenn auch der Schwung der Anfangsjahre nachgelassen hat, das frische Grün verblasst war und sich in den letzten Jahren kaum ein Antrag der GLW auf der Tagesordnung des Gemeinderates mehr fand, galten sie vielen Wählerinnen und Wählern in unserer Gemeinde stets noch als Garanten des Umweltschutzgedankens und eines verantwortlichen Ressourcenumgangs. Dass aber eine Fraktion, die jahrzehntelang um jeden Quadratmeter Feld, Wald und Wiese erbittert gekämpft hat, dass aber eine politische Gruppierung, die selbst das Arsenal an Reinigungsmitteln in den Vorratsschränken der Gemeinde auf ihre Umweltverträglichkeit überprüfen lassen wollte, dass eine Fraktion, für die Arten-, Natur- und Biotopschutz stets an vorderster Stelle standen, den seit Jahren massivsten Eingriff in ein weithin intaktes Biotop in Form der Bebauung des Kirchbergs und Mittelwegs nicht nur schulterzuckend akzeptiert, sondern durch ihr Votum noch unterstützt, ist so unglaublich, beispiellos und einmalig, als wenn Oskar Lafontaine öffentlich die Abschaffung der Vermögenssteuer fordern würde. Die Zustimmung der GLW zum Bebauungsplan „Kirchberg-Mittelweg“ bildet mit die formale Grundlage für eine umfassende Baumaßnahme, die die Kulisse unserer Gemeinde in ein Ingenieurbauwerk verwandelt wird, über Jahrzehnte dem Zugriff des Menschen entzogene (Sekundär-)Biotop vernichtet und zahlreiche auf der Roten Liste der gefährdeten Arten befindliche Tiere und Pflanzen in ihrer Existenz bedroht, und sie lässt nicht nur distanzierte politische Beobachter, sondern einen großen Teil der eigenen Wählerschaft ratlos und irritiert zurück.

Vielleicht war sich die Fraktion der GLW bei der Abstimmung über den Bebauungsplan „Kirchberg-Mit-

telweg“ am 17. März in der Weingartener Walzbachhalle ihres eigenen Sündenfalles durchaus bewusst und griff daher beherzt nach dem einzigen grünen Strohalm, der sich am Ende der Beratungen noch darbot: Einem Antrag der CDU-Fraktion, Windkraft-

anlagen im Bebauungsplangebiet nicht zuzulassen, verweigerte sie bei einer Enthaltung und einer Ablehnung ihre Zustimmung. Ganz tief in ihrem Inneren sind die Grünen also doch grün geblieben – auch wenn man es von außen gar nicht mehr merkt!

Matthias Görner

WBB kämpfte vergeblich für vorzeitige kostenlose Grünschnittentsorgung



„Es gibt keinen Mülltourismus...“, so lautete das Fazit unseres Bürgermeisters in Sachen Grünschnittentsorgung, als die WBB wiederholt darauf hinwies, dass etliche Bürger kostenlose Entsorgungsmöglichkeiten im Umland nutzen. Als Argument gegen einen offensichtlichen Mülltourismus wurde die Tatsache genannt, dass man selbstverständlich auch in Weingarten seinen Grünabfall auf der Deponie „Dörnig“ fachgerecht entsorgen kann. Im Vergleich zu den Nachbarkommunen wird in Weingarten bisher jedoch kräftig kassiert, da die Deponie seit einigen Jahren privat bewirtschaftet wird und daher eine entsprechende Refinanzierung benötigt.

Mehr Licht in diese Spekulationen könnte ein Blick auf immer wieder gerne benutzte Statistiken im Landkreis bringen: Durchschnittlich produziert jeder Kreisbewohner jährlich ca. 175 kg Grünabfall. Die Weingartener glänzen in dieser Statistik als große „Müllvermeider“ mit angeblich nur 10,42 kg (!). Für die Statistik ein schöner Faktor, doch fällt in unserem Ort tatsächlich nur so wenig Grünschnitt an? Könnte es nicht doch sein, dass größere Mengen Grünabfall in die Nachbarorte gefahren werden, und deren Bürger per Umlage dann die Zeche für die Weingartener Abfälle mitbezahlen müssen?

Häufig entdeckt der aufmerksame Spaziergänger auch wilde Grünschnittablagerungen innerhalb unserer Gemarkung. Möglicherweise ist das Unrechtbewusstsein einiger Hobbygärtner in diesem Punkt nicht sonderlich ausgeprägt, doch die relativ

hohen Entsorgungskosten der Weingartener Deponie sorgen bestimmt nicht für ein Umdenken.

Um den genannten Punkten entgegen zu wirken, beantragte die WBB nach ihrem Erstantrag 2003 auch im Jahre 2007 die Wiedereinführung der kostenlosen Grünschnittabgabe. In den Debatten stellte sich unter anderem auch die Frage, ob die Allgemeinheit über eine Gebühreumlage die Kosten für einzelne Gartenbesitzer mitfinanzieren soll, oder ob nicht eher das Verursacherprinzip gelten sollte. Andererseits wird zum Beispiel Sperrmüll oder Elektroschrott ebenfalls über die allgemeine Umlage finanziert. Doch während der Gartenbesitzer die Allgemeinheit mit der Blütenpracht seiner Anlage erfreut, kann man dieses Argument für den Sperrmüll sicherlich nicht anwenden.

Interessant sind hierzu noch folgende Zahlen: Nach Berechnungen der Verwaltung hätte der Antrag der WBB jährliche Mehrkosten von knapp 60.000 € verursacht, während die WBB nach eigenen Recherchen bei der gleichen Entsorgungsmenge auf eine Summe von lediglich 20.000 € kam. Kommunale Großauftragsrabatte innerhalb eines Rahmenvertrages sind hier noch nicht berücksichtigt. Hier drängt sich die Frage auf: Können verklausulierte verwaltungsinterne Verrechnungen tatsächlich 2/3 Mehrkosten verursachen?

Als Fazit darf man wohl unterstellen, dass es doch möglicherweise einen Mülltourismus in die Umlandgemeinden



gibt, den die Gemeinde Weingarten stillschweigend hinnimmt und sich somit aus der Verantwortung (und den Kosten) stiehlt. Anders kann man Aussagen der Verwaltung fast nicht werten, wenn sie bei einer kostenlosen Annahme mit einer Verzehnfachung des Grünschnittaufkommens rechnet.

Timo Martin

Denkmal (nach)...

Über 60 Jahre nach Kriegsende beantragte die CDU-Fraktion im Mai 2007 die Errichtung einer weiteren Gedenktafel mit namentlicher Nennung aller Weingartener Opfer beider Weltkriege. Gefordert wird eine Außentafel mit über 500 Namen, von der bis zum heutigen Tage weder Art, Größe, Material noch Kostenrahmen bekannt sind. Obwohl bereits viermal (!) auf der Agenda, gab es außer gesellschaftlichen Grundsatzdiskussionen zu diesem sensiblen Thema keine entscheidungsrelevanten Fakten. Enttäuschend ist dabei

das fehlende Bemühen der Antragssteller, eigene Ideen, Gestaltungsansätze oder Finanzierungsvorschläge einzubringen. Der Gründung einer Initiative oder einer Schulprojektarbeit analog der Stolpersteinaktion verweigert sich die CDU ebenso hartnäckig wie der Beschaffung der finanziellen Mittel dafür.

Nach Durchsicht der nachfolgenden Original-Zitate darf jeder Leser das Thema und die politische Auseinandersetzung für sich bewerten. *Timo Martin*

Original-Antrag der CDU-Fraktion vom 31. Mai 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in ihrer Jahreshauptversammlung haben sich die Mitglieder des CDU-Gemeindeverbandes Weingarten einstimmig dafür ausgesprochen, in unserer Gemeinde den Opfern beider Weltkriege zu gedenken. Als würdiger Rahmen wurde z.B. das Aufstellen einer Ehrentafel erachtet (mit Namensnennung) die an zentraler Stelle in Weingarten platziert werden soll.

Die CDU Gemeinderatsfraktion stellt hiermit den Antrag auf das Aufstellen einer entsprechenden Ehrentafel an zentraler Stelle in Weingarten, z.B. zwischen den beiden Kirchen, zum Gedenken an die Opfer beider Weltkriege.

Ausgestaltung und Aufstellungsort bedürfen noch der weiteren Erörterung im Gemeinderat.

Wir bitten Sie, unseren Antrag in den Gemeinderat zur Beratung und Zustimmung einzubringen.

Stellungnahme der WBB zur Errichtung einer Gedenkstätte vom 17. Juli 2007

Die WBB Fraktion sieht den Antrag der CDU ganz klar im zeitlichen Zusammenhang mit dem Beschluss zur Verlegung der Stolpersteine.

Die Aktion Stolpersteine ging jedoch aus einer privaten Initiative hervor, die auch sämtliche Kosten durch Eigeninitiative übernahm.

Die WBB stimmt grundsätzlich einer Gedenktafel mit Namensnennung zu, allerdings sind wir gegen den Standort bei den Kirchen.

Die Tafel sollte am Turmberg zur Ergänzung der bereits vorhandenen Tafeln platziert werden, wo auch die jährlichen Feierlichkeiten zum Volkstrauertag stattfinden.

Wir erhoffen uns, dass die CDU nach dem Vorbild der Stolpersteinaktion ebenfalls für die notwendigen finanziellen Mittel für Gestaltung und Herstellung der Tafel sorgt.

Unter diesen Voraussetzungen stimmen wir dem Antrag selbstverständlich zu.





Antwort der CDU in ihrer Haushaltrede vom 18. Februar 2008

„ Unser laufender Antrag für eine Gedenktafel für die Opfer der beiden Weltkriege ist derzeit in den Vorberatungen. Dabei ist leider erkennbar, dass gerade jüngere Gemeinderäte große Probleme mit der Bewältigung unserer sicherlich nicht ruhmvollen Vergangenheit haben. „Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.“, so Altbundespräsident Richard von Weizsäcker. Der immer wiederkehrende Verweis auf die Opfer der anderen Seite ist grundsätzlich richtig, aber diesen ist in vielfältiger Art bereits gedacht. Die CDU-Fraktion unterstützt mit dem Antrag die Befürworter einer Gedenktafel in unserer Gemeinde. Gerade für unsere Kinder und Jugendlichen ist es wichtig, daran erinnert zu werden, warum und wofür ihre Vorfahren gestorben sind, um eine Wiederholung für die Zukunft zu verhindern. Wir hoffen, dass sich eine große Mehrheit der Gemeinderäte für eine Gedenktafel im Ortskern, wünschenswert im Bereich der beiden Kirchen, findet.“

Offenheit und Bürgernähe?

Aus einer Pressemeldung der Bruchsaler Rundschau vom 6. Juli 2007 erfuhren wir von Gesprächen des Bruchsaler Oberbürgermeisters Bernd Doll mit dem Regierungspräsidium, dem Landratsamt und mit seinen Bürgermeisterkollegen aus Stutensee und Weingarten. Diese Überlegungen zu einer Umgehungsstraße für Untergrombach mit der Fortsetzung auf Weingartener Gemarkung wurden öffentlich vorgetragen. Im September 2007 stellte die WBB-Fraktion einen Antrag auf Information des Gemeinderats.

Fazit: Unser Bürgermeister sah bezüglich dieser Umgehungsstraße weder zum damaligen Zeitpunkt noch bis zum heutigen Tag eine Veranlassung, den Gemeinderat über die „Gedankenspiele“ bzw. angeblich „rein strategischen“ Verwaltungsüberlegungen zu unterrichten.

Inzwischen kann jedermann den Entwurf des Bruchsaler Flächennutzungsplans mit den Trassenüberlegungen, die abrupt an der Weingartener Gemarkungsgrenze enden, im Internetauftritt der Stadt Bruchsal einsehen. Was in Bruchsal also jeder weiß, dürfen in Weingarten weder der Gemeinderat noch der interessierte oder evtl. be-

troffene Bürger erfahren. Wir sehen hier sowohl ein Informationsrecht der Bürger als auch eine Informationspflicht des Bürgermeisters gegenüber dem Gemeinderat und den Bürgern, wenn derart grundlegende Planungsüberlegungen angestellt werden. Mit der praktizierten Geheimniskrämerei wird nur die Politikverdrossenheit genährt, Bürgernähe ist hier nicht erkennbar. Leider werden die Forderungen der WBB nach mehr Transparenz auch von den anderen Gemeinderatsfraktionen nicht unterstützt.

Übrigens: Im Februar 2008 sollte der Gemeinderat - laut Aussage unseres Bürgermeisters in der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 22.10.2007 - über den Stand der Planungen zur Beseitigung des Bahnübergangs Häcker informiert werden. Auf diese Information warten wir bis zum heutigen Tage. Sollte sich da jemand in der Jahreszahl geirrt haben?

Hans-Martin Flinspach

Die geplante Umgehungsstraße kann im Internet unter folgender Adresse eingesehen werden: <http://www.vvg-bruchsal.de/>, unter 04 Untergrombach und unter Strukturkarte 7 „Verkehr“

WBB-Initiative bringt Vorteile bei Vereinsaktivitäten

-Walzbachhalle vor der 2.Sanierungsstufe-



Ein überwiegend positives Echo ist aus Kreisen der Bevölkerung zur Sanierung der Walzbachhalle zu vernehmen, das auch als Verdienst der akribischen Arbeit der hierzu extra eingerichteten Walzbachhallenkommission sowie des hervorragend arbeitenden Ingenieurbüros Fritz zu werten ist. In der Kommission diskutieren und entscheiden Vertreter der einzelnen Fraktionen sämtliche Details, wie z.B. die Wahl und Farbe des Sportbodens, die Anordnung der Außenfenster, die Gestaltung der neuen Großraumküche oder der Außenfassade, aber auch den Bedarf von Funktionsräumen oder deren Nutzung.

Auf Initiative und intensives Nachhaken der WBB wurde im Bereich der Nordfassade der ursprüngliche Gestaltungsplan verworfen. Dieser hätte an den drei Notausgängen jeweils separate Treppenanlagen vorgesehen, welche nun durch eine verbundene Rampeanlage sowohl funktional als auch optisch wesentlich sinnvoller einzustufen ist. Erste positive Erfahrungen konnten Vereinsvertreter bereits bei kulturellen und sportlichen Großveranstaltungen sammeln.

Die WBB freut sich über den gelungenen aber nicht einfach errungenen Kompromiss, hätte aber aus funktionalen Gründen eine noch weiterreichende, nicht unbedingt teurere Version bevorzugt. Das Konzept der WBB hätte eine befahrbare und über die gesamte Anfahrsbreite reichende Rampe

vorgesehen. Wenn diese aufgeschüttet, gepflastert und seitlich über ein Schalungswerk begrenzt wird, kann sie von der einen Seite problemlos mit einem Gespann angefahren und Veranstaltungsexponate ebenerdig verladen werden. Am Ende der ca. 1,20 m hohen PKW-Rampe kann auf dem ursprünglichen Höhenniveau eine LKW-taugliche Anfahrt vom Parkplatz herkommend geschaffen werden, die im Rampenbereich dann auch für Ladebordwände geeignet ist.

Die jetzige Version bringt deutliche Vorteile zu früher. Betrachtet man

aber die Gesamtkosten für dieses Stahlbauwerk, wäre man sicherlich mit der funktionaleren und pflegeleichteren Massivbauversion nach Vorstellungen der WBB sprichwörtlich besser „gefahren“.

Die Planungen und Ausschreibungen für den zweiten Bauabschnitt sind derzeit in vollem Gange. Nach Fertigstellung werden die nutzen den Vereine auch hier für Weingartener Verhältnisse bisher unbekannt Dimensionen erleben. Besonders erwähnenswert ist der neue Küchenbereich, ein multifunktionaler Aufenthalts- und Bewirtschaftungsraum sowie die Halle selbst, die neben einer dringend notwendigen neuen Tribüne auch wesentliche Verbesserungen der Infrastruktur erfährt. Dabei musste auch hier immer der Kompromiss zwischen Sport- und Kulturhalle im Auge behalten werden. Der Sanitärtrakt wird völlig neu gestaltet und an die heutigen Anforderungen angepasst werden. Barrierefreie Behinderten- und Seniorentoiletten sind ebenso vorgesehen.

Allerdings gibt es nach der ersten Sanierungsstufe noch Optimierungsbedarf. Dies betrifft vor allem die Minderung der derzeit großen Geräuschentwicklung der Lüftungsanlage, eine bessere Klimaregelung gerade bei Veranstaltungen oder noch mehr Zentralität bei der Bedienbarkeit der Licht- und Tonanlage.

Die WBB steht hundertprozentig hinter dem nun beschlossenen Projekt und sieht diese großen Investitionen im Vergleich zu manchen Prestigeobjekten als sehr sinnvoll und zukunftsweisend an. Wie im Vorjahr kritisieren wir jedoch auch bei der 2. Sanierungsstufe den sehr späten Ausschreibungszeitpunkt. Vereinzelt Mehrkosten aufgrund sehr wenigen Bewerber wurden uns trotz Dementi der Verwaltung mittlerweile unabhängig bescheinigt. Begrüßt wurde dagegen der WBB-Antrag, die zeitliche Abfolge im Inter-

esse der Hallensportvereine deutlich nach vorne zu verlagern. Somit ist die Wiedereröffnung der Halle vermutlich bis zum Start des neuen Schuljahres gesichert.

Die Arbeit innerhalb der Kommission ist vorbildlich fruchtbar und könnte als gutes Paradebeispiel in Sachen Umgang und Zusammenarbeit für andere Bereiche der Gemeinderatstätigkeit dienen.

Timo Martin

Rebflurbereinigung oder geordneter Rückzug?

Auf dem Petersberg steht es in größer werdenden Bereichen schlecht um die Zukunft des Weinbaus. Immer mehr Grundstücke in der Steillage, aber auch in einfacher zu bewirtschaftenden Bereichen fallen brach, weil die Bewirtschaftung eingestellt wurde. Die Reben verwildern und werden bald von Brombeerhecken und Goldruten überwuchert.

Winzer mit mehr Verantwortungsbewusstsein treten den geordneten Rückzug an. Die Pfähle und der Draht werden entfernt, die Reben gerodet und das Grundstück gelegentlich abgemäht. Dieses leider nicht selbstverständliche Handeln ist durchaus anzuerkennen.

Wie aber ist diese Entwicklung aufzuhalten?

Ist eine Rebflurbereinigung der richtige Weg dazu? Die Antwort müssen die Grundstückseigentümer geben. Dazu bedarf es einer umfassenden Aufklärung der Betroffenen. So sind deren Sorgen und Bedenken ernst zu nehmen und gegebenenfalls eine Abgrenzung des Bearbeitungsgebietes so zu wählen, dass der erforderliche Konsens erreicht werden kann.

Natürlich sehen wir auch die Sorgen und Befürchtungen der aktiven Hobby- und Freizeitwinzer, die nach wie vor einen großen Teil der Flächen bewirtschaften. Es muss aber auch die Frage erlaubt sein: Was ist in 10 Jahren, wenn sich die Reihen der Weinbauern noch weiter gelichtet haben? Wenn die beschwerliche Arbeit die nachfolgende Eigentümergeneration abschreckt?

Auf jeden Fall sollte mit allen Anstrengungen versucht werden, junge Leute weiterhin für den aktiven Weinbau zu begeistern. Nur ein für die maschinengerechte Bearbeitung angelegter

Weinberg mit entsprechendem Zeilenabstand der Rebstöcke ermöglicht auch die überbetriebliche Durchführung von Arbeiten wie Pflanzenschutz und Bodenpflege, die auch dem Kleinwinzer die Arbeit erleichtern kann und auch den Jüngeren hoffentlich die Lust am Weinbau erhält.

Der Eigentümer hat in der Rebflurbereinigung das Recht auf wertgleiche Zuteilung. Befürchtungen hinsichtlich der Verschiebung von Grundstücken in schlechtere Lagen müssen ausgeräumt werden. Ebenso sind die Kosten des Verfahrens insgesamt und für den Einzelnen konkret zu erläutern. Eine angemessene Kostenbeteiligung der Gemeinde an den Verfahrenskosten findet jedenfalls unsere volle Unterstützung. Hier kann eine offene Informationspolitik Vertrauen schaffen.

Gibt es Alternativen zu einer Rebflurbereinigung?

Ohne die professionelle Hilfe der Flurbereinigungsverwaltung wird es eine unendliche Initiative von Einzelpersonen, Winzergenossenschaft, Gemeindeverwaltung und Bereitschaft auf Seiten der Grundstücksbesitzer erfordern. Es müsste eine Grundstücksbörse für Pacht- und Kaufinteressenten eingerichtet werden.

Der ungeordnete Rückzug aus der Fläche muss der Vergangenheit angehören.

Zwingend aus unserer Sicht ist ein sensibler Umgang mit der Kulturlandschaft. Die vorhandenen ökologisch wertvollen Strukturen wie Steinriegel, größere Trockenmauerbereiche und der Steinbruch sind als Bestand aufzunehmen, zu pflegen und ggf. aufzuwerten. Die reizvolle Landschaft in einem unserer wichtigsten Naherholungsgebiete soll dadurch erhalten werden.

Hans-Martin Flinspach

Erfolg für den Jugendschutz

Vergleichsweise leben wir in einer heilen Welt. Um dies zu wissen, brauchen wir uns gar nicht erst die Schreckensszenarien der Welt ins Wohnzimmer zu holen, um mit einem entspannten Blick aus dem Fenster desselben Zimmers erleichtert festzustellen, wie ruhig es doch bei uns ist. Auch der Jahresbericht des für uns zuständigen Polizeireviers Waldstadt bescheinigt für unser Dorf selbst im Landkreisvergleich überdurchschnittliche Sicherheitswerte.

Aber die gesellschaftliche Entwicklung geht auch an Weingarten nicht spurlos vorbei. Wer in den Abendstunden vor unseren Einkaufsmärkten oder der Tankstelle das Einkaufsverhalten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen studiert, hat keinen Zweifel daran, dass sich auch bei uns in Sachen Alkohol unter Jugendlichen die Zeiten geändert haben. Als Reaktion auf die zahlreichen Sachbeschädigungen und nächtlichen Exzesse hatte die WBB nicht nur den Antrag auf Einführung von

„aufsuchender Jugendarbeit“ durch die Gemeinde gestellt, sondern sich auch sehr dafür ausgesprochen, dass die Gemeinde präventiv in Zusammenarbeit mit den Vereinen tätig wird. Dem Ruf von Bürgermeister Scholz, mittels eines Wochenendkurses aktuelle Erkenntnisse zum adäquaten Umgang mit Alkohol in der Jugendarbeit und bei öffentlichen Veranstaltungen zu gewinnen, sind jüngst 27 Vereine gefolgt. Durch die Selbstverpflichtung, in der Jugendarbeit und bei Veranstaltungen streng die Jugendschutzvorschriften einzuhalten, bekommen die Vereine ein vom Landkreis ausgestelltes Zertifikat. Auch die WBB-Fraktion wird sich bei der anstehenden Neufassung der Vereinsförderrichtlinien dafür stark machen, dass künftig nur noch die zertifizierten Vereine in den Genuss der Jugendförderung (15 € pro Jugendlicher im Jahr) kommen.

„Wegschauen ist keine Lösung“ steht auf allen Fahrzeugen des Bauhofs. Lasst uns alle hinsehen und handeln!

Bettina Lichter

Die Krötenbrücke

Was würden Sie zu der Idee sagen, die geplante Südrandstraße durchs Moor zu führen und die Beseitigung des Bahnübergangs Häcker durch eine Brücke im Moor zu lösen? Mit Krötenschutzanlage, versteht sich!

Vermutlich würden Sie dies trotzdem nicht als Aufwertung der Natur empfinden, sondern im Gegenteil als Zerstörung unseres Naherholungsgebietes. Höchstwahrscheinlich.



Folgt man jedoch konsequent der Argumentation unserer Verwaltung, müsste man diese Idee durchaus verfolgen. Lernen wir doch bei der Verwaltungslektüre zu den Einsprüchen gegen den Bebauungsplan Kirchberg-Mittelweg, dass der dort befindliche Steinbruch durch die Bebauung mit Straße und Brücke in seiner ökologischen Wertigkeit sogar noch gewinnt! Man lernt halt nie aus...

Bettina Lichter

Kommen Sie mit uns ins Gespräch!

WBB- PolitespressoMOBIL am Freitag, 06.06.08 ab 17 Uhr vor dem REWE- Markt (ehem. HL-Bahnhofstraße) und am Samstag, 07.06.08 ab 8.30 Uhr auf dem Rathausplatz.

Impressum

Herausgeber Weingartener Bürgerbewegung
 Kontaktadresse Timo Martin (1. Vorsitzender), Nelkenweg 3, 76356 Weingarten, Tel.: 72 25 96
 Redaktion Hans-Martin Flinspach, Matthias Görner, Jürgen Leidereiter, Bettina Lichter, Timo Martin, Peter Philipp, Dr. Gabriele Wiegand
 Fotografie Timo Martin
 Layout Ulrike Tillmann

Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die Autoren verantwortlich.

bei Fragen, Kritik, Frust, Anregungen, Lob usw. einfach die WBB-Hotline anrufen:

Bettina Lichter Gemeinderätin und Fraktionsvorsitzende Tel.: 3409
 Hans-Martin Flinspach Gemeinderat Tel.: 5327
 Timo Martin Gemeinderat Tel.: 72 25 96
 oder einfach per Internet www.wbb-weingarten.de, info@wbb-weingarten.de